

MANFRED SOHN

Programmhinweise aus Fernost

Zur Neufassung des Programms der Japanischen KP

Seit den Bundestagswahlen am 18. September 2005 sitzt wieder eine Linksfraktion im Bundestag – und zwar mit 8,7 Prozent der Stimmen und 54 Sitzen in einer bisher nicht dagewesenen Stärke. Es beginnt nun eine intensive inhaltliche Arbeit der von Linkspartei.PDS, WASG und anderen Linken ins Auge gefassten neuen Linkspartei, die sich programmatisch erst finden muss. Da mag es – zumal, wenn überall von »Globalisierung« die Rede ist – hilfreich sein, auf die kürzlich mit einer Programmrevision abgeschlossene Arbeit einer Partei zu schauen, die dem Denken vieler PDSler, WASGler und anderer deutscher Linker näher steht, als oft angenommen wird.

Die Rede ist von einem Land, das sprachlich und geographisch weit weg, aber ökonomisch, historisch und hinsichtlich seiner Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland verwandter ist als die meisten anderen Länder dieser Erde.

Die Partei, um die es hier geht, erreichte bei den nationalen Wahlen der letzten Jahrzehnte kontinuierlich zwischen 7 und 10 Prozent der Stimmen – eine 5-Prozent-Hürde hätte sie also niemals geschreckt. Sie kämpft mit ähnlichen Problemen der Gewinnung junger Mitglieder wie die PDS, aber auf einem höheren Niveau: Sie hat jüngst das 400 000ste Mitglied aufgenommen und sich das Ziel gesetzt, auf eine halbe Million Mitglieder zu wachsen. Es gibt in jenem Land keine noch so kleine Stadt und keinen größeren Betrieb ohne einen ihrer »Zweige«. Ihre Zeitung – die *Akahata* (Rote Fahne) – wird überwiegend von ihren Mitgliedern an die Abonnenten verteilt – rund eine halbe Million an Werktagen und 1,5 Millionen an den Wochenenden.

Der Antikommunismus ist, wie Thomas Mann sagte, die Grundtorheit unserer Epoche. Vielleicht hängt es mit der Wirksamkeit dieser Torheit zusammen, dass hierzulande so wenig Neugier besteht auf diese Partei, die eben immer noch und wohl auch künftig das Wort »kommunistisch« im Namen trägt: Japanische Kommunistische Partei (JKP). Einen rationalen Grund, bei den kommenden programmatischen Debatten in Deutschland nicht auf die Erkenntnisse dieser erfolgreichsten marxistischen Partei in einem entwickelten Land zurückzugreifen, gibt es jedenfalls nicht.

Im Januar 2004 führte die JKP ihren 23. Kongress durch und verabschiedete dort u. a. ihr überarbeitetes Programm.¹

Das Programm

Im Vergleich zu hiesigen programmatischen Debatten fallen zwei Dinge sofort ins Auge: Während die Linke in Deutschland eine

Manfred Sohn – Jg. 1955; Dipl.-Sozialwirt, Dr. disc. pol.; seit 1977 erst DKP-, dann PDS-Mitglied; Versicherungsangestellter und Personal- und Aufsichtsrat; aktives ver.di-Mitglied; Publikationen in linken Medien in der BRD, in Großbritannien und in den USA; zu Japan u. a. gemeinsam mit Hans Modrow: Vor dem großen Sprung? Überblick über die Politik der Japanischen Kommunistischen Partei, GNN-Verlag Schkeuditz 2000. Kontakt: Drmaso@t-online.de

1 Im November 2004 ist das Programm einschließlich ausführlicher Bemerkungen zur Diskussion, der aktuellen politischen Resolution des Kongresses, wichtiger Reden und des Statuts der Partei in einer von der KP autorisierten Fassung auf Englisch er-

qualvolle Geschichte organisatorischer Brüche erlitten hat und Programme in der Regel von Grund auf neu schreibt, atmet dieses Dokument die Ruhe eines historischen Herangehens an politische Prozesse. Dies wird deutlich am ersten Satz des Dokuments: »Die Japanische Kommunistische Partei wurde am 15. Juli 1922 mitten in Volksbefreiungskämpfen, die in Japan und der Welt aufflammten, als eine Partei mit dem wissenschaftlichen Sozialismus als theoretische Basis gegründet (...).« (I/1)

In den über 80 Jahren dieser Partei hat es keine neuen Programme, sondern nur jeweils Aktualisierungen der alten programmatischen Aussagen gegeben – und der folgende Abriss wird zeigen, dass die Partei die postulierten Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus nicht zu verlassen brauchte, um erfolgreich zu sein.

Zweitens fällt die Kürze des Papiers auf. Während die PDS gut 50 eng bedruckte A-5-Seiten braucht, um deutlich zu machen, wer sie ist und was sie will, kommt die JKP mit rund einem Drittel dieses Umfangs aus. Das ermöglicht im Folgenden den Luxus, einige Abschnitte ausführlicher zu zitieren, die Bereiche betreffen, die inhaltlich vermutlich bald im Zentrum kontroverser Erörterungen in der neuen deutschen Linkspartei stehen werden.

Das Programm gliedert sich in fünf Abschnitte:

- I. Die japanische Gesellschaft vor dem Krieg und die JKP;
- II. Charakteristik der japanischen Gesellschaft nach dem Krieg;
- III. Die Weltlage – vom 20. zum 21. Jahrhundert;
- IV. Demokratische Revolution und eine demokratische Koalitionsregierung;
- V. Für eine sozialistisch/kommunistische Gesellschaft.

Im *ersten Abschnitt* wird die leidvolle Geschichte der japanischen Gesellschaft auf dem Weg zur Militarisierung geschildert, die sie an die Seite der faschistischen Mächte Europas führte und die in Hiroshima und Nagasaki ihr Ende fand.

Der *zweite Abschnitt* markiert einen deutlichen Unterschied zwischen der Entwicklung Japans und Deutschlands: Der eine Hauptaggressor des Zweiten Weltkriegs war von mehreren Siegermächten besetzt, die in ihren Besatzungszonen jeweils unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungswege forcierten. Der andere war von Norden bis Süden von den USA besetzt. Die Verbindung des nachfolgenden ökonomischen Aufschwungs mit jahrzehntelanger Besetzung durch die USA führt nach Meinung der dortigen KP dazu, dass Japan zwar ein hochentwickeltes kapitalistisches, aber kein imperialistisches Land sei – dazu sei die Unterordnung unter den Willen der USA zu ausgeprägt: »Obwohl Japan ein hochentwickeltes kapitalistisches Land ist, ist es praktisch ein abhängiges Land, bei dem große Teile des Territoriums, der Militärpolitik und anderer staatlicher Bereiche von den Vereinigten Staaten kontrolliert werden. (...) Die japanischen Selbstverteidigungs-Kräfte, die praktisch unter US-Kontrolle und -Kommando stehen, werden gezwungen, die US-Weltstrategie zu unterstützen. (...) Die Beziehung zwischen Japan und den USA ist nicht die einer Allianz gleicher Rechte. Der gegenwärtige Status von Japan ist durch seine Unterordnung unter die USA gekennzeichnet, die nicht nur außergewöhnlich für ein entwickeltes kapitalistisches Land ist, sondern auch hinsichtlich der in-

schienen und kann für 2 200 Yen (rund 15 Euro) plus Porto bestellt werden bei: Japan Press Service, 4-25-6 Sendagaya, Shibuya-ku, Tokio 151-0051, Japan. Die Zitate dieses Artikels beziehen sich zur besseren Nachprüfbarkeit auf diese Ausgabe. Die Angaben in Klammern beziehen sich auf die jeweiligen Gliederungsabschnitte des Programms.

ternationalen Beziehungen, in denen die Kolonisierung Geschichte ist. Die US-Dominanz hat eindeutig einen imperialistischen Charakter, weil sie die Souveränität und Unabhängigkeit Japans im Interesse der weltweiten Strategie der USA und des US-Monopolkapitalismus mit Füßen tritt.« (II/5)

Unter dem Schutz dieser Fremdherrschaft, so der Grundgedanke des Programms, habe sich ein Machtkartell aus Bürokraten und den Führungen der multinationalen Konzerne etabliert, das die in der Verfassung verankerte Demokratie erstickt und den Interessen des Volkes zuwiderläuft. Kern des Machtapparates sei ein »korruptes Dreierkartell von reaktionären Politikern, privilegierten Bürokraten und einigen großen Konzernen. Endlose Schmiergeld-, Bestechungs- und Korruptionsskandale verdeutlichen die unerfindlichen Abgründe des japanischen Monopolkapitalismus und der politischen Reaktion.« (II/5) Ein solcher von Unterordnung und Korruption gekennzeichneter Kapitalismus, so die Prognose der Partei, werde angesichts der zu erwartenden »tumultartigen Situationen der kapitalistischen Welt im 21. Jahrhundert« vor besonders großen Widersprüchen und Krisenerscheinungen stehen.

Der folgende *Abschnitt III* sei vollständig und unkommentiert zitiert, weil er von einem sich auf Lenin berufenden Standpunkt aus eine Einschätzung der Weltlage anbietet, die für die deutschen Debatten besonders hilfreich sein könnte.

Die Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts

Der Abschnitt trägt die Überschrift »III. Die Weltlage – vom 20. zum 21. Jahrhundert« und hat folgenden Wortlaut:

»(7) Das 20. Jahrhundert begann mit der Herrschaft von Monopolkapitalismus und Imperialismus über die Welt. Während des 20. Jahrhunderts litt die Menschheit unter zwei Weltkriegen, Faschismus, Militarismus und einer Serie von Aggressionskriegen. Aber diese Katastrophen wurden durch die Anstrengungen und erbitterten Kämpfe der Völker überwunden, die den Weg für enorme historische Veränderungen öffneten.

Das Kolonialsystem, das viele Nationen unterdrückte, brach vollständig zusammen, und das Recht jeder Nation auf Selbstbestimmung wurde ein allgemein anerkanntes Prinzip. Mehr als 100 Länder wurden souveräne, politisch unabhängige Staaten. Diese Länder bilden den Hauptblock nichtallierter Staaten, die eine wichtige Kraft der internationalen Politik für eine Welt darstellen, die friedlich ist und auf dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen basiert.

Demokratie und Volkssouveränität bilden nunmehr eine Strömung, die als politisches Prinzip von der Mehrheit der Länder der Welt anerkannt ist und so den Haupttrend der Weltpolitik darstellt.

Mit der Gründung der Vereinten Nationen wurde die Ächtung des Krieges als geschichtliche Grundlage der Entwicklung verankert und die Bildung einer internationalen Weltfriedensordnung als Ziel festgelegt, um in Zukunft Kriege zu verhindern. Angesichts dessen, was die Welt im 20. Jahrhundert erlitten hat, insbesondere durch die Aggressionskriege und die Versuche, sie zu verhindern, ist es eine Aufgabe von immer größerer Wichtigkeit für die Völker, eine solche Weltfriedensordnung zu etablieren.

(8) Die Ära des Kapitalismus als die einzige die Welt beherrschende Ordnung endete mit der Russischen Sozialistischen Oktoberrevolution, die 1917 ausbrach. Nach dem Zweiten Weltkrieg begaben sich eine Reihe von Ländern in Asien, Osteuropa und Lateinamerika auf den Weg, der sie vom Kapitalismus wegführte.

In ihren ersten Jahren erreichte die Sowjetunion, das erste Land, das den Weg zum Sozialismus einschlug, unter der Führung von Lenin trotz ihrer sozialen und ökonomischen Rückständigkeit und trotz der Notwendigkeit, durch Versuch und Irrtum voranzukommen, eine Reihe positiver Resultate hinsichtlich des sozialistischen Ziels. Nach Lenins Tod aber gaben Stalin und andere nachfolgende Sowjet-Führer die Prinzipien des Sozialismus auf. International schlugen sie den Weg des Hegemonismus durch Invasion und Unterdrückung anderer Nationen ein, und innenpolitisch errichteten sie Bürokratie und Despotismus, die das Volk seiner Freiheit und seiner demokratischen Rechte beraubte und das arbeitende Volk unterdrückte. Um so mehr als dies im Namen des ›Sozialismus‹ geschah, hatten diese Irrwege besonders negative Effekte für die Bewegung für Frieden und sozialen Fortschritt.

Die JKP hat als eine unabhängige Partei, die den wissenschaftlichen Sozialismus verteidigt, die Einmischungen des sowjetischen Hegemonismus in die japanische Bewegung für Frieden und sozialen Fortschritt sowie die sowjetischen Invasionen in der ČSSR und Afghanistan bekämpft.

Der Zusammenbruch der herrschenden Regime in der Sowjetunion und den von ihr abhängigen Ländern Osteuropas zwischen 1989 und 1991 war kein Scheitern des Sozialismus – es war ein Scheitern von Hegemonismus, Bürokratismus und Despotismus, womit eine Abwendung von der Sache des Sozialismus vollzogen worden war. Am Anfang setzten sich diese Länder das Ziel des Sozialismus, aber wegen der Fehler ihrer Führungen entwickelten sich diese Gesellschaften so repressiv, dass sie mit Sozialismus nichts mehr gemein hatten und so an ihr Ende kamen.

Der Niedergang des historischen und folgenreichen Übels des sowjetischen Hegemonismus hat auf lange Sicht den Weg für neue Möglichkeiten einer vernünftigen Entwicklung der weltweiten revolutionären Bewegungen geebnet.

Es ist wichtig, zu bemerken, dass heute mehrere Länder, die sich vom Kapitalismus losgesagt haben, einen erneuten Anlauf zum Sozialismus nehmen, der Anstrengungen einschließt, ›Sozialismus über Marktwirtschaft‹ zu erreichen, obwohl diese Länder eine Reihe von politischen und ökonomischen Problemen zu lösen haben. Diese Anstrengungen umfassen eine historisch wichtige Strömung des 21. Jahrhunderts und eine riesige Region mit einer Gesamtbevölkerung von mehr als 1,3 Milliarden Menschen.

(9) Die Desintegration der Sowjetunion und anderer Länder haben keinen Beweis für die Überlegenheit des Kapitalismus erbracht. Die Widersprüche des Kapitalismus, die von seiner Unfähigkeit herühren, die enorm entwickelten Produktivkräfte zu beherrschen, drücken sich heute darin aus, dass sich die Lebensbedingungen einer großen Zahl von Völkern mehr verschlimmern als je zuvor, dass sich der Abstand von reich zu arm vergrößert. Die Widersprüche führen

zu ständigen ökonomischen Rezessionen und massiver Arbeitslosigkeit, zu zügellosen internationalen Finanzspekulationen, zur weltweiten Zerstörung der Umwelt – was ein besonders negatives Erbe des Kolonialismus darstellt – sowie zu unbeschreiblicher Armut in vielen Ländern Asiens, des mittleren Ostens, Afrikas und Lateinamerikas – dem ›Nord-Süd-Problem‹.

Die Gefahr eines Nuklearkrieges bedroht weiter Mutter Erde und die Menschheit. Enorme Mengen nuklearer Waffen, die während des Rüstungswettlaufs zwischen den USA und der Sowjetunion angehäuft wurden, bilden weiterhin eine große Gefahr für das Überleben der Menschheit. Um die Gefahr eines Nuklearkrieges zu bannen, gibt es keine Alternative zur Abschaffung nuklearer Waffen. Der Ruf ›Keine weiteren Hiroshimas! Keine weiteren Nagasakis!‹, der von den Weltkonferenzen gegen Atom- und Wasserstoffbomben erscholl, ist inzwischen auf dem ganzen Erdball zu hören. In der internationalen Politik wächst der Ruf für die Abschaffung nuklearer Waffen kontinuierlich, aber die Kräfte, die sich weigern, nukleare Waffen aufzugeben, verteidigen ihr Monopol auf diese Waffen hartnäckig als ein Mittel, um ihre strategischen Ziele durchzusetzen.

Die Versuche, in vielen Teilen der Welt Militärblöcke und ein militärisch dominiertes Herangehen an internationale Fragen zu stärken, bilden den Hauptgrund für wachsende Spannungen und die Bedrohung des Friedens.

Besonders schwerwiegend ist, dass die USA, die ihre nationalen Interessen über den Weltfrieden und geordnete internationale Beziehungen stellen, in Missachtung der Vereinten Nationen ihre Strategie der Präventivkriege gegenüber anderen Ländern verwirklichen und versuchen, eine neue Form des Kolonialismus durchzusetzen. Die USA beanspruchen für sich die Rolle des ›Weltpolizisten‹, um ihre finsternen Bemühungen zu rechtfertigen, eine US-dominierte Weltordnung durchzusetzen und die Erde zu beherrschen. Das ist nichts anderes als ein offenkundiger Ausdruck des aggressiven, dem Monopolkapitalismus eigenen Wesens des Imperialismus unter Bedingungen, bei denen die Vereinigten Staaten als einzige verbliebene Supermacht nach dem Auseinanderbrechen der Sowjetunion dem Rest der Welt gegenüberstehen. Die offenkundige Politik und Aktivitäten von Hegemonismus und Imperialismus sind unvereinbar mit den Prinzipien der nationalen Unabhängigkeit und Freiheit oder mit den Prinzipien, die in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben sind.

Der US Imperialismus ist heutzutage die größte Bedrohung des Weltfriedens, der Sicherheit, der souveränen Rechte und der Unabhängigkeit der Nationen.

Das Streben der USA nach Hegemonie, ihre imperialistische Politik und Aktionen führen zu Widersprüchen und Rissen gegenüber anderen monopolkapitalistischen Ländern. Das Bestreben einer ökonomischen Hegemonie mit dem Ziel, den Rest der Welt im Namen der ›Globalisierung‹ in eine von den USA geführte ökonomische Ordnung zu zwingen, führt auch zu Unordnung in der Weltökonomie.

(10) Angesichts der oben dargelegten Situation ist es dringender als je zuvor, den Kampf gegen jede Form von Hegemonismus, den Kampf zur Verteidigung der internationalen Friedensordnung, den

Kampf für die Abschaffung nuklearer Waffen, den Kampf gegen Militärböcke, den Kampf für die Respektierung des Rechts auf nationale Selbstbestimmung und Freiheit von Gewalt, den Kampf für die Etablierung einer demokratischen internationalen Weltwirtschaftsordnung, die auf dem Respekt für die nationale Wirtschaftssouveränität basiert, zu entwickeln.

Für die Kräfte, die für Frieden und sozialen Fortschritt wirken, ist es wichtig, Anstrengungen für die Erreichung ihrer Ziele solidarisch und in angemessenen Formen auf sowohl nationaler wie auch internationaler Ebene zu unternehmen.

Die Japanische Kommunistische Partei unterstützt den Kampf für den Fortschritt der Menschheit in Solidarität mit der arbeitenden Klasse der ganzen Welt und allen Völkern, die für die Sache der nationalen Unabhängigkeit, Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt kämpfen.

Besonders wichtig ist es, festzustellen, dass die Hauptfrage heute die ist, dass die Welt zwischen zwei Modellen internationaler Ordnungen wählen muß: einer Ordnung des Friedens, die sich auf die UN-Charta gründet, oder einer anderen, die geprägt wäre durch Intervention, Aggression und eine Unterdrückung, die den Vereinigten Staaten die Freiheit gäbe, tyrannisch zu herrschen. Die JKP wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um die internationale Solidarität zu entwickeln und so zu helfen, die USA an der Beherrschung der Welt zu hindern, eine internationale Ordnung des Friedens zu etablieren und eine Welt ohne nukleare Waffen oder militärische Allianzen zu erreichen.

So beginnt die Welt das 21. Jahrhundert. Obwohl es viel Auf und Ab und Hin und Her und auch zeitweise oder über längere Zeiträume nach rückwärts gerichtete Bewegungen im Verlaufe der Geschichte geben wird, wird es auf lange Sicht eine soziale Entwicklung geben, in der die Überwindung von Imperialismus und Kapitalismus gelingt und die zum Sozialismus fortschreitet.«

Aktuelle Aufgabe: Demokratische Revolution

Mit dem zuletzt zitierten Satz – der sich in ähnlichem Geist auch an anderen Stellen im Programm findet – wird der eingangs erwähnte lange historische Atem, den die japanische KP besitzt, besonders deutlich. Wer auf über 80 Jahre kontinuierlich gelebte Geschichte zurückblickt, ist eben auch in der Lage, die Erreichung des Ziels »Sozialismus« nicht im Zeitraum eines Jahres oder eines Jahrzehnts, sondern in einer Jahrhundertspanne zu denken und zu formulieren.

Da aber ein Programm mit wissenschaftlichem Anspruch immer die Klammer zwischen Analyse grundlegender Prozesse und Forderungen für die nächsten Schritte finden muss, ist der *Abschnitt IV* den jetzt anstehenden Problemen gewidmet. Die Partei macht im ersten Satz dieses Abschnitts klar, dass es jetzt nicht um Sozialismus geht:

»Die Veränderung, welche die japanische Gesellschaft jetzt braucht, ist keine sozialistische, sondern eine demokratische Revolution. Es ist eine Revolution, welche die außergewöhnliche Unterordnung Japans unter die Vereinigten Staaten und die tyrannische Herrschaft der großen Konzerne und Wirtschaftszirkel beendet, eine Revolution, die Japans Unabhängigkeit sichert und demokratische Refor-

men in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft durchsetzt. Obwohl dies demokratische Reformen innerhalb des kapitalistischen Rahmens sind, können sie im vollen Umfang nur erreicht werden durch eine Verlagerung der Staatsmacht auf die Kräfte, welche die grundlegenden Interessen des japanischen Volkes und nicht die des japanischen Monopolkapitals und der Unterordnung unter die USA repräsentieren. Ein Erfolg beim Erwirken dieses demokratischen Wandels wird helfen, die Probleme zu lösen, unter denen das Volk leidet, und den Weg freilegen, um ein unabhängiges, demokratisches und friedfertiges Japan zu errichten, das die grundlegenden Interessen der Mehrheit des Volkes sichert.« (IV/11)

Die aktuellen dieser »demokratischen Reformen« werden dann in 21 Punkten aufgelistet und konkretisiert. Sie betreffen u. a.

- den Rückzug aller amerikanischen Truppen und Militärbasen aus Japan;
- die Verteidigung des Artikels 9 der Verfassung, in dem Japan den Krieg als Mittel der Politik ein für alle Mal ausschließt;
- die Forderung nach der Abschaffung nuklearer Waffen und der Auflösung aller Militärbündnisse;
- die Errichtung internationaler Kontrollen zur Eingrenzung der wirtschaftlichen Hegemonie der Großmächte;
- die Herstellung gleicher Rechte für Mann und Frau;
- die Gewährleistung, dass der Kaiser sich an die Verfassungsbestimmungen hält, keinen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte auszuüben;
- die Überwindung des gegenwärtigen japanischen Kapitalismus, der »ohne Regeln« den Unternehmern freie Hand für endlose Überstunden, Lohnkürzungen und willkürliche Entlassungen lässt – wobei ausdrücklich der in Europa erreichte Stand der Regulierung der Arbeitswelt als Ziel gesetzt wird;
- Maßnahmen, um den Trend zum Absinken der Geburtenrate umzudrehen.

Diese »demokratische Transformation« werde erreicht werden durch die Kräfte einer »Vereinten Front«, die alle Menschen einschließt, die nationale Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden und bessere Lebensbedingungen anstreben. Ausdrücklich genannt werden: »Arbeiter, arbeitende Bürger, Bauern, Fischer, kleine und mittlere Unternehmer, Intellektuelle, Jugendliche und Studenten«. (IV/13) Wichtig sei dabei eine Stärkung der Vertretung dieser Front im Parlament und des gemeinsamen Kampfes der JKP mit außerparlamentarischen Bewegungen.

Zur Rolle der Partei innerhalb dieser »Front« führt das Programm aus: »Die JKP muss die Rolle des entschiedensten Förderers einer Bewegung für eine gemeinsame nationale Anstrengung und Einheit übernehmen. Das Wachstum der JKP, gestützt sowohl auf hochentwickelte politische und theoretische Fähigkeit als auch auf große organisatorische Stärke mit festen Verbindungen zu Arbeitern und anderen Teilen des Volkes, ist für die Entwicklung der Vereinten Front unverzichtbar.« (IV/13)

Angestrebt wird eine demokratische Koalitionsregierung dann, wenn die JKP und die Vereinte Front eine »stabile Mehrheit« im Parlament errungen haben. Der sich an diese Aussage anschließende

Absatz deutet darauf hin, dass die Debatte um Regierungsbeteiligungen unterhalb einer eigenen Mehrheit die sozialistisch orientierte Linke nicht nur in Westeuropa, sondern auch in Ostasien quält:

»Im Laufe der Entwicklung der Vereinten Front könnten Bedingungen entstehen, um eine Vereinte Front fußend auf einigen, aber nicht allen oben dargelegten Haupt-Programmpunkten zu errichten, deren Realisierung eigentlich für eine demokratische Reform benötigt würde. Wenn eine solche Anstrengung eine sinnvolle Alternative ist, um die Interessen des Volkes zu sichern und die gegenwärtige reaktionäre Herrschaft zu schlagen, wird die JKP das in ihren Kräften Stehende für die Entwicklung einer solchen Front und die Etablierung einer entsprechenden Regierung im Rahmen der dringendsten der oben aufgeführten Ziele tun.«

Hingewiesen wird darauf, dass die Hindernisse nicht unterschätzt werden dürfen, die einem solchen Prozess seitens der Vereinigten Staaten in den Weg gelegt werden würden. Wichtig sei es auch, die gesamte staatliche Organisation nicht nur formal, sondern tatsächlich unter die Kontrolle der demokratischen Kräfte zu bringen.

Ziel: eine sozialistisch/kommunistische Gesellschaft

Bis zu diesem Hauptabschnitt IV könnte dies auch das Programm einer linksbürgerlich-demokratischen Partei mit sozialistischen Traditionswurzeln sein – wäre da nicht der abschließende *Abschnitt V*, in dem das Endziel der politischen Anstrengungen formuliert wird. Auch hier lohnt für die Bereicherung der hiesigen Debatten eine ausführliche Übersetzung zumindest des ersten Unterabschnitts. Er trägt die Überschrift »Für eine sozialistisch/kommunistische Gesellschaft« und lautet: »(15) Im nächsten Stadium der sozialen Entwicklung Japans besteht die Aufgabe darin, den Kapitalismus zu überwinden, eine sozialistische Transformation durchzuführen und zu einer sozialistisch/kommunistischen Gesellschaft voranzuschreiten. In der Weltgeschichte hat es bisher eine reale sozialistische Transformation auf der Basis einer entwickelten Ökonomie und sozialer Errungenschaften aus der kapitalistischen Epoche noch nicht gegeben. In einem entwickelten kapitalistischen Land daran zu arbeiten, zum Sozialismus und Kommunismus zu gelangen, ist eine neue historische Aufgabe für das 21. Jahrhundert.

Das Kernelement einer sozialistischen Transformation ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, durch die Besitz, Kontrolle und Management der Hauptproduktionsmittel auf die Gesellschaft übergehen. Die Vergesellschaftung betrifft nur die Produktionsmittel – soweit Konsumgüter² betroffen sind, wird das Recht zum Privateigentum in jedem Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung gewährleistet.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel wird den Weg für die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, für die Verbesserung der Lebensbedingungen des ganzen Volkes, für die Befreiung der Gesellschaft von Armut, für die Realisierung kürzerer Arbeitszeiten ebnen und so eine menschenwürdige Entwicklung aller Glieder der Gesellschaft sicherstellen.

Ein sozialistisch/kommunistisches Japan wird alle wertvollen Errungenschaften der kapitalistischen Ära bewahren und weiterent-

2 Der englische Text nennt hier »means of living« – gemeint sind damit allerdings alle Mittel, die der Mensch unmittelbar zum Leben braucht. Ich habe es daher hier als »Konsumgüter« übersetzt.

wickeln – einschließlich der Demokratie und der Freiheit. Die ›Freiheit zur Ausbeutung‹ allerdings wird eingeschränkt und im weiteren Verlauf der Entwicklung der Reformen wird ihre Abschaffung angestrebt. Die Abschaffung der Ausbeutung wird den Weg für eine Gesellschaft ebnen, in der die Menschen die entscheidenden Personen der Gesellschaft im wahrsten Sinne des Wortes werden. (...)

Die Freiheit unterschiedlicher Ideologien und Überzeugungen wie auch die politischer Aktivitäten einschließlich derer oppositioneller Parteien wird rigoros geschützt werden. Einer besonderen politischen Partei als ›führende Partei‹ im Namen des ›Sozialismus‹ Privilegien zu gewähren oder eine bestimmte Weltanschauung als ›Staatsphilosophie‹ zu definieren, wären Maßnahmen, die nichts mit Sozialismus zu tun haben und deshalb kategorisch zurückgewiesen werden.

Wenn eine sozialistisch/kommunistische Gesellschaft einen höheren Grad der Entwicklung erreicht und wenn die Mehrheit der Bevölkerung aus Generationen³ besteht, denen Ausbeutung und Unterdrückung fremd ist, werden sich reale Möglichkeiten öffnen, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der alle Zwangsmittel der staatlichen Macht überflüssig werden und eine Assoziation gleicher und freier Menschen ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und eine Welt frei von Unterdrückung und Krieg entstehen.«

Betont wird in den folgenden Absätzen noch einmal, dass diese Transformation nicht in einer kurzen Periode durchgeführt werden könne, sondern einen langen Prozess und einen großen nationalen Konsens erfordere. Besonderes Augenmerk richtet das Programm dann noch auf zwei Punkte:

»a) Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel kann entsprechend der konkreten Situation und Bedingungen verschiedene Formen des Eigentums, der Kontrolle und des Managements bedeuten. Obwohl es wichtig ist, Formen zu finden, die der japanischen Gesellschaft angemessen sind, darf das sozialistische Prinzip, dass die Produzenten selbst die entscheidenden Personen sind, niemals aufgegeben werden. Der Irrtum, der durch die frühere Sowjetunion begangen wurde, indem ein Bürokratismus errichtet wurde, der die Produzenten unter der irreführenden Vorgabe der ›Nationalisierung‹ und ›Kollektivierung‹ unterdrückt hat, darf sich niemals wiederholen.

b) Unter den japanischen Bedingungen erfolgt das Voranschreiten zum Sozialismus über eine Marktwirtschaft. Bei der Durchführung sozialistischer Reformen ist es wichtig, die Wirtschaft effektiv zu gestalten und flexibel Elemente der Planwirtschaft mit denen der Marktwirtschaft zu kombinieren sowie Anstrengungen und Untersuchungen fortzusetzen, durch die private Initiativen durch Bauern, Fischer, Händler sowie kleine und mittlere Unternehmer respektiert werden. Eine ›kontrollierte Ökonomie‹, in der das Konsumtionsverhalten der Menschen kontrolliert oder vereinheitlicht wird, wird es im wirtschaftlichen Leben Japans im Sozialismus/Kommunismus nicht geben.« (V/16)

Der letzte Abschnitt betont, dass die Frage des Sozialismus und Kommunismus sich nicht auf Japan beschränke, sondern dass das 21. Jahrhundert die Ära sein werde, in der sich die Strömungen zur Überwindung des Kapitalismus und zur Errichtung einer neuen Gesellschaft weltweit verstärken werden.

3 Gegen das flüchtige Lesen: Es ist hier der *Plural* verwendet.

Ein Wort zum Schluss

Soweit die programmatischen Debatten dieser größten an Marx, Engels und Lenin orientierten Partei im entwickelten Kapitalismus hierzulande überhaupt wahrgenommen wurden, geschah dies zuweilen mit Hinweis darauf, dass die Programmrevision eine Abkehr vom Marxismus bedeute. Fest gemacht wurde das zum Beispiel an der Tatsache, dass die alte Forderung nach sofortiger Abschaffung des Kaisertums im Programm nicht mehr auftauche.

Das ist eine öde Kritik aus zwei Gründen. Zum einen sagt das Programm weiterhin klipp und klar, dass das Kaisertum der Demokratie und der Gleichheit aller Menschen schlicht widerspreche. Geändert ist lediglich die Prioritätensetzung bei den Zielen: Die Abschaffung des Kaisertums, so die Neufassung des Programms, solle dann erfolgen, wenn die Zeit reif sei, also das Volk es in seiner Mehrheit wolle. Dagegen kann ernsthaft nur jemand etwas haben, für den die Privatisierung der englischen Queen die dringendste Aufgabe der europäischen Linken ist.

Zweitens und vor allem ist eine Fokussierung auf diese Randfrage deshalb so ärgerlich, weil sie den Blick verstellt auf eine völlig andere, viel gewichtigere Tatsache. Wer die Diskussionsdokumente des Parteitags verfolgt, wird verblüfft sein, wie dezidiert die Auseinandersetzung mit Marx, Engels und Lenin im Rahmen dieser Programmdebatte geführt wird. Kein Name außer denen dieser beiden Deutschen und dieses Russen fällt in der über 300 Seiten starken Dokumentation häufiger.

Die Diskussionen und Alltagsaktivitäten der japanischen KP befriedigen das deutsche Bedürfnis nach Revolutionsromantik wenig. Für das ernsthafte (nicht: kopierende) Ringen um einen sozialistischen Weg unter den Bedingungen eines hochentwickelten kapitalistischen Landes gibt es für Menschen, die sich weiter an den Klassikern orientieren, kaum einen reicheren Schatz als den, der dort in Fernost zwischen 30° und 46° nördlicher Breite liegt. Man muß nur hinschauen.